

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Die Zukunft unseres Landes sichern – DIE LINKE in den Landtag!

Unsere Gesellschaft ist tief gespalten. Politische Hassprediger zündeln in Wort und Tat gegen schutzbedürftige Flüchtlinge und gegen alle engagierten Helfer. Eine Pogromstimmung wird aufgebaut. Noch nie war die Zahl der Brandanschläge und tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge so hoch wie im letzten Jahr.

Der Nährboden dafür ist die **wachsende soziale Spaltung** in unserem Land, acht Mio. Menschen im Niedriglohnssektor sind **arm trotz Arbeit**, die direkte Folge der Hartz-Gesetze von SPD und Grünen. Trotz ihrer Sonntagsreden zeigt sich dies daran, dass 2014 wegen gestiegener Energiekosten 352.000 Haushalten der Strom und 50.000 das Gas abgestellt wurde. Oder dass im zweitreichsten Bundesland jeder sechste Erwachsene (1,6 Mio.) arm ist und die Kinderarmut ansteigt: **140.000 Kinder und Jugendliche leben im Ländle in Armut, fast jedes fünfte Kind.**

Nichts tut die Landesregierung dagegen, außer die Ohren und Augen fest vor diesen Tatsachen zu verschließen. **In Rottenburgs Gemeinderat lehnt die Große Koalition aus CDU, SPD**

und Grünen alle Maßnahmen zur Armutsbekämpfung ab: Gebührenfreiheit für Kitas, kostenloses

Nicht die wachsende Zahl von Flüchtlingen ist unser Problem. Durch sie wird nur offensichtlich, was seit Jahren falsch läuft.

Um die Banken zu „retten“, wurden Staatsausgaben drastisch gekürzt: Bundesweit 16.000 Stellen bei der Polizei, allein 3.000 Stellen im Ländle, außerdem fehlen Stellen in Verwaltung, in Krankenhäusern und Pflegeheimen, in Kitas und Schulen. Zugleich wurden die Aufgaben vergrößert und der Arbeitsdruck erhöht. **Das Gesundheitswesen ist seit Jahren unterfinanziert, weil SPD und Grüne den Arbeitgeberanteil „gedeckt“ haben.**

Wir haben keine „Verwaltungskrise“, sondern die Krise eines geschwächten Staates.



Essen in Kitas und Schulen, eine Million Euro für preiswerte Mietwohnungen. Sie verhindern sogar, dass Erzieherinnen endlich tarifgerecht eingestuft und bezahlt werden!

Das gewollte Staatsversagen – Ergebnis des „schlanken Staates“

Lesen Sie weiter:

- Die Bildungsreform sozial gestalten - Gastbeitrag von B. Strasdeit Seite 3
- OB-Wahl in Rottenburg - Drohung oder Hoffnung Seite 5
- Die Würde des Menschen ist sanktionsfrei Seite 7
- OB Nehers Kehrtwende im Wohnungsbau Seite 9
- Wie kriminell sind Flüchtlinge Seite 10
- Wer solche Nachbarn hat, braucht keine Feinde mehr Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Dies wollen Rechtsradikale jetzt ausnutzen: Fehlt wie in Köln die Polizei zum Schutz von Frauen, so gründen sie „Bürgerwehren“.

Soziale Spaltung ist eine Gefahr für unsere Demokratie!

Deshalb müssen Reiche endlich eine Vermögenssteuer zahlen – wie dies auch der Landesfamilienrat Baden-Württemberg fordert -, damit die sozia-

le Daseinsvorsorge in Städten und Gemeinden gesichert wird und alle Kinder eine Zukunft bekommen.

Grüne und SPD in Stuttgart haben bis heute die Gemeindefinanzen strukturell nicht verbessert, ihr Rettungsschirm hilft nur Banken und Spekulanten. **Laut Gemeindetag Baden-Württemberg beträgt das Investitionsloch allein in unserem Land 30 Milliarden Euro.** Jeder kennt die Schlaglochstra-

ßen und die Mängel im Öffentlichen Personennahverkehr. Statt einem landesweiten Sozialticket werden Schülerfahrkarten erhöht – viele Eltern klagen jetzt.

Bis heute weigert sich die Landesregierung, den Kommunen für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen die genauen Kosten zu erstatten – und verschärft damit die Ängste in der Bevölkerung.

Wir brauchen in Stuttgart einen Politikwechsel zugunsten einer SOZIALEN OFFENSIVE, die die ethnischen und sozialen Spaltungen bekämpft, damit unsere Gesellschaft eine Zukunft bekommt.

Deshalb:

Am 13. März DIE LINKE in den Landtag!

Kehrtwende im Wohnungsbau

Bericht von der Mitgliederversammlung der LINKEN

Breiten Raum nahm auf der Mitgliederversammlung der Rottenburger Linken am 11. Februar 2016 die Diskussion über die neueste Idee von Oberbürgermeister Neher ein, eine kommunale Wohnbaugesellschaft zu gründen: Handelt es sich dabei um reine Wahltaktik oder um eine verspätete Kehrtwende in der Wohnungsbaupolitik der Stadt?

Erst vor Weihnachten hatte Rottenburgs Große Koalition aus CDU, SPD und Grünen wieder einmal den Antrag der Linken abgelehnt, eine Million für den Wohnungsbau in den Haushalt einzustellen. Seit Jahren tritt die Linke für preiswerte Mietwohnungen ein. Denn immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Mietpreisbindung heraus und die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein ist in zwei Jahren um 20 Prozent auf 274 gestiegen.

„Diese Idee Nehers ist das Eingeständnis, dass die privaten Investoren kläglich versagt haben, ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten anzubieten. Die CDU hat immer nur

Häuslebauer, Investoren und Makler im Blick. Das begünstigt jetzt die Rechtsextremen, bei der Wohnungssuche Personen mit Niedrigeinkommen gegen Flüchtlinge auszuspielen“, betonte Stadtrat Emanuel Peter.

„Jetzt müssen wir darauf achten, dass

Senioren mit kleiner Rente sind in den letzten Jahren die Leidtragenden des Kahlschlags von CDU und FDP beim Wohnungsbau gewesen“, wurde aus dem Kreis der Anwesenden hinzugefügt. Dies müsse die Leitlinie der Linken im Gemeinderat sein.



Bei den Wahlen für den neuen Ortsvorstand wurden **Dr. Emanuel Peter, Isabelle Groschke und Hans-Jürgen Petersen** für die nächsten zwei Jahre gewählt.

bei einem kommunalen Wohnbauunternehmen Menschen mit Wohnberechtigungsschein, Familien mit vielen Kindern und Studenten allererste Priorität haben müssen. Alleinerziehende und

Stadtrat Christian Hörburger ergänzte: „Preiswerter Wohnungsbau muss eingebettet sein in eine weitsichtige Stadtentwicklung mit guter Infrastruktur. Die bisherigen Vorschläge der Verwaltung sind jämmerliches Kleinklein, um Baulücken zu schließen. Da muss jemand Kompetentes von außen einen Gesamtwurf machen, damit nicht jeder Teilort und die Kernstadt ihr eigenes Süppchen kocht.“ Insgesamt zeigten sich die Anwesenden sehr zufrieden, dass die Linke dieses Thema durchgesetzt hat.

Dazu wird auch Bernd Riexinger, Spitzenkandidat der Linken bei den Landtagswahlen, am 25. Februar im AWO-Heim (Morizplatz 7) sprechen.

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Die Bildungsreform sozial gestalten!

Gastbeitrag von **Bernhard Strasdeit - Landtagskandidat DIE LINKE**

Als Vater von drei Kindern weiß ich, dass das Wissen aller Menschen die wichtigste Grundlage für eine soziale und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft ist.

Die CDU/FDP-Regierung ist bei den letzten Landtagswahlen abgewählt worden, weil sie unfähig zu einer wirklichen Energiewende und zur Bildungsreform war. Ihre veraltete Bildungsvorstellung aus dem 19. Jahrhundert, kleine Kinder mit 10 Jahren in mehrere Schularten willkürlich auszusortieren, wird weder den Kindern gerecht noch dem Problem der Schulschließungen auf dem flachen Land angesichts der Schülerzahlentwicklung. **Deshalb sind die 273 neuen Gemeinschaftsschulen selbst bei CDU-Bürgermeistern zu einem Erfolgsmodell geworden. Zwei Drittel dieser Schulen arbeiten dabei in einem Schulverbund mit einer Grundschule. Nur in Rottenburg haben CDU und SPD den erfolgreichen Schulverbund der Hohenberg-Schule, der seit 53 Jahren bestand, zerschlagen – die Kernstadt hat bis heute kein Angebot einer Gemeinschaftsschule!**

Da die grün-rote Landesregierung wie Schäuble die Schwarze Null anbietet, werden die neuen **Schulen** allerdings noch **ungenügend ausgestattet** und **Lehrkräfte** maßlos **überfordert**, weil sie „nebenher“ neue Lernprogramme entwickeln müssen, zu viele Stunden geben und für die Inklusion behinderter Kinder ungenügend ausgebildet sind.

Der Hauptfehler der SPD im Bildungsbereich ist, dass an Gemeinschaftsschulen keine Vorbereitung für die Oberstufe auf dem Gymnasium angeboten wird. Dadurch besteht die Gefahr, dass sie zur neuen „Restschule“ wird, weil immer mehr Eltern für ihre Kinder die bestmögliche Bildung wünschen und sie deshalb auf dem „Gymi“ anmelden. **Deshalb fordert DIE LINKE eine verbindliche Zusammenarbeit der Gemeinschaftsschulen mit (beruflichen) Gymnasien, eine deutliche Senkung der Unterrichtsstunden für Lehrer und gleiche Bezahlung auf gleichen Schulformen.**

Realschulen und Gemeinschaftsschulen müssen jeweils das E-Niveau für die

gymnasiale Oberstufe auch durch Lehrkräfte dieser Stufe anbieten! Selbstverständlich müssen Schulfahrten ebenso wie das gemeinsame Essen in Ganztagschulen und die Ergänzungsangebote am Nachmittag **gebührenfrei** sein und dürfen kein heimlicher Einstieg in ein Schulgeld werden! **Denn die Einführung der GEMEINSCHAFTS-SCHULE ermöglicht endlich einen bildungspolitischen Kurswechsel für**



ein kindgerechtes Bildungssystem: Die Schule ist für die Kinder da und nicht umgekehrt.

Jedes einzelne Kind wird individuell nach seinen Bedürfnissen, seinem Lerntempo, seinen Fähigkeiten und seiner Persönlichkeitsentwicklung gefördert. Dadurch wird eine durchgängige Bildungsbiografie des Kindes möglich. Kinder werden nicht mehr im Alter von zehn Jahren nach den Gewinninteressen der Wirtschaft in Hilfsarbeiter, Facharbeiter, Ingenieure oder Manager sortiert. **Dieses kindgerechte Konzept als „Einheitsschule“ zu diffamieren, zeugt bestenfalls von pädagogischer Unkenntnis!** Kinder unabhängig von der sozialen oder ethni-

schen Herkunft oder einer Behinderung maximal zu fördern, ist der Leitfaden der **LINKE** in der Bildungspolitik: „Kein Kind darf verloren gehen – auch kein Flüchtlingskind!“ Für gezielte Förderung und für Flüchtlingskinder brauchen wir dringend mehr Lehrkräfte an den Schulen!

Bildung fängt jedoch nicht erst in der Grundschule an: Die Krippen und Kitas arbeiten seit 2009 nach einem Orientierungsplan, beobachten die Entwicklung jedes Kindes und verbessern seine Chancen in den Schulen durch gesunde Ernährung, soziales Kompetenzen und Sprachförderung. Es ist deshalb ein Unding, dass die Elternbeiträge für diese Kinderbetreuung immer höher werden.

DIE LINKE tritt für gebührenfreie Krippen und Kitas und für eine tarifgerechte Bezahlung der Erzieherinnen entsprechend ihrer Tätigkeit ein.

Als Letztes möchte ich kurz auf die grundlegende Aufgabe in der regionalen Schulentwicklung eingehen. Damit eine gleichmäßige Entwicklung von Städten und dem flachen Land in Baden-Württemberg möglich ist, braucht es eine gerechte Verteilung aller Schularten im Land statt willkürlicher Schulschließungen wegen mangelnder Kommunal Finanzen. **Schulen müssen wohnortnah sein, damit auch kleine Gemeinden jungen Familien eine Zukunft bieten können und unsere Umwelt nicht mit Zusatzverkehr geschädigt wird.**

Insgesamt muss die Bildungsreform sozial gut gestaltet und mit ausreichend Finanzen für die Kommunen vom Land ausgestattet werden und umweltschonend sein!

Ich bitte Sie um Ihre Stimme am 13. März bei der Landtagswahl.

Bernd Strasdeit
Kreisrat
Landtagskandidat **DIE LINKE**
Tübingen

„Wir schaffen das (nicht)“ Der lächerliche Streit um „Obergrenzen“



Seit über einem Jahr führen Horsti aus München und Klein-„Horsti“ aus Tübingen einen erbitterten Streit um Obergrenzen. Im letzten Jahr kamen 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland, die nicht alle hierbleiben, aber zumindest erst einmal registriert werden sollten.

Noch eine Million schaffen wir nicht, so tönt Tübingens OB Palmer und führt als Argument an: „... seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln kommen selbst grüne (!) Professoren zu mir, die sagen: Ich habe zwei blonde Töchter, ich sorge mich, wenn jetzt 60 arabische Männer in 200 Meter Entfernung wohnen.“ (Spiegel 7/2016)

Weder Seehofer noch Palmer halten sich dabei an die Fakten. Kürzlich hat die Bundesregierung ihren Migrationsbericht 2014 vorgelegt. Darin steht,

dass nach Deutschland 2014 knapp 1,5 Millionen Menschen kamen, über 300.000 Zugewanderte mehr als im Jahr danach an Flüchtlingen. Der Bericht hält fest: „So kamen im Jahr 2014 fast drei Viertel aller zuwandernden Personen (73,8%) aus einem anderen europäischen Staat nach Deutschland. Der Anteil der Zuzüge aus den EU-Staaten ist insbesondere seit den Beitritten im Jahr 2007 kontinuierlich angestiegen und lag 2012 bei 63,9%.“ Interessant sind die Hauptzuwandererländer im Jahr 2014: An erster Stelle Polen mit 197.000, gefolgt von Rumänien mit 191.000 und Bulgarien mit 77.000. Palmers „Araber“ machen ganze 5,1 Prozent aus.

Warum wird also so um „Obergrenzen“ gestritten? Geht es um junge Männer aus anderen Kulturkreisen und anderen Religionen, die sich nicht an deutsche Sitten halten und eine „Parallelgesellschaft“ aufbauen? Offensichtlich wird bei uns jedes Fußballspiel von der Polizei besser geschützt als Frauen in Sylvesternächten. Und mit Parallelgesellschaft kann nicht unsere Milliardärsclique gemeint sein, die ihre Reichtümer in Steueroasen schafft. Oder Strafurteile wie gegen Uli Hoeness: „Wer betrügt, fliegt.“

Der Streit um „Obergrenzen“ geht schlicht um Kosten. Denn der Migrationsbericht jubelt, weil immer mehr Rumänen und Bulgaren sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die Konzerne holen durch die EU-Erweiterung immer mehr ausgebildete Arbeitskräfte nach Deutschland. Flüchtlinge aber „kosten“, weil sie zu-

nächst Deutsch lernen und in Berufe „eingepasst“ werden müssen. Ihre Kinder brauchen Plätze in Kitas und Schulen. Im Asylpaket I vom letzten Sommer musste die Bundesregierung die Übernahme der Kosten zusichern, indem sie nicht mehr für anderthalb Jahre eine Pauschale von 13.600 Euro pro Flüchtlinge, sondern 630 Euro pro Monat zahlt.

Trotz der höchsten Steuereinnahmen seit 1945 schmälert das Schäubles „Spielraum“, um Konzernen weitere Steuergeschenke zu machen, Milliarden für Kriegseinsätze und neue Waffensysteme auszugeben. **Flüchtlinge dürfen nur dann kommen, wenn man sie „kontrollieren“ und nach Qualifikation aussortieren kann.** Das ist der „Gastarbeiterblick“ der Unternehmer aus dem letzten Jahrhundert: Waren und Kapital sollen in einer globalisierten Welt ungehindert fließen. Deren Schäden wie Hungersnöte, Umweltkatastrophen und Kriege bringen Flüchtlinge hervor.

Diese Wahrheiten sollen im Streit um „Obergrenzen“ verdrängt und Menschen nach ihrem profitablen Nutzen sortiert werden. Die ungebrochene Solidarität der Deutschen mit Schutzbedürftigen wird das verhindern!



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Typisch Ausländer! Kürzlich gehört ...

Eine ältere Dame kauft sich im Schnellrestaurant eine Suppe. Sie trägt den dampfenden Teller an einen der Stehtische und hängt ihre Handtasche darunter. Dann geht sie noch einmal zur Theke, um einen Löffel zu holen.

Als sie zurückkommt, steht da am Tisch ein dunkelhäutiger Mann und löffelt die Suppe.

Typisch Ausländer, denkt sie wütend. Sie drängt sich neben ihn, schaut ihm böse ins Gesicht und taucht ihren Löffel ebenfalls in die Suppe. Sie sprechen kein Wort und löffeln

schweigend die Suppe leer. Während sie den letzten Rest in den Mund schiebt, holt der Mann für sie beide Kaffee und verabschiedet sich dann höflich.

Als die Frau den Kaffee getrunken hat und gehen will, fehlt ihre Handtasche. Also doch ein hinterhältiger Betrüger! Mit rotem Gesicht schaut sie sich um. Der Mann ist verschwunden. Am Nachbartisch sieht sie ihre Handtasche hängen. Auf dem Tisch steht ein Teller Suppe, inzwischen kalt geworden.

Drohung oder Hoffnung

Oberbürgermeisterwahl in Rottenburg

In der Stellenausschreibung für den/die Oberbürgermeister/in steht: Der derzeitige Amtsinhaber bewirbt sich wieder. Ist dies Drohung oder Hoffnung für Rottenburg? Zumindest klärt der Hinweis darüber auf, mit wem ein weiterer Kandidat oder eine Kandidatin zu rechnen hat. Macht es Mut oder schüchtert es ein?

Als Alternative scheint es bisher nur einen „Spaßkandidaten“ zu geben. Das ist schade. Demokratie lebt von echten Alternativen, die sowohl in Personen wie auch in Programmen begründet sind. Wählerinnen und Wähler wollen auswählen können. Sie wollen Einfluss ausüben. Gibt es nur einen Kandidaten - zumal wenn es der alter Amtsinhaber ist - , hat dieser die Deutungshoheit über sein Tun in der Vergangenheit und er wird sich selbst wohl kaum kritische Fragen stellen. Es bleibt also den Wählern nur übrig, dem „Kandidaten“ mit Wahlprüfsteinen mitzuteilen, wofür sie eintreten und was sie für wichtig halten.

Auch wenn OB Stefan Neher durch seine liberale und gradlinige Haltung in der Flüchtlingsfrage für viele zum „OB der Herzen“ geworden ist, hinterlässt seine erste Amtsperiode viele Fragen, die dringend beantwortet werden müssen. Dazu gehört als erstes eine grundlegende Korrektur im preiswerten Mietwohnungsbau, der seit Jahren nicht mehr stattfindet. Der Wohnungsbau muss einen höheren Stellenwert bekommen und muss Teil eines umfassenden Stadtentwicklungsplanes werden.

Zweitens gehören „Planungswerkstätten“ der Bürgerinnen und Bürger zur demokratischen Kultur in unserer Stadt. Ihre Vorschläge müssen ernst

genommen werden, statt sie wie beim Haus der Nachbarschaft im Kreuzerfeld, beim Schänzle oder beim Landschaftsschutzgebiet an der Nase herumzuführen.

Drittens müssen Erziehung und Bildung grundlegend verbessert werden. Jedes Kind - und damit auch arme Kinder, Kinder von Migranten und Flüchtlingen! - braucht eine gute Versorgung in gebührenfreien Krippen und Kitas mit einem gesunden Mittagessen. Dazu braucht es motivierte Erzieherinnen, die für ihre qualifizierte und engagierte Arbeit auch tarifgerecht bezahlt werden müssen.



Viertens: Eine Gemeinschaftsschule in der Kernstadt darf nicht länger von Wahltaktik und bildungspolitischen Weltanschauungen der CDU abhängig gemacht werden. Die Hoffnung den „Betriebsunfall“ bei der letzten Landtagswahl schnell vergessen zu lassen, wird nicht in Erfüllung gehen. Die Zeiten haben sich geändert und die CDU muss diesen Wandel zu Kenntnis nehmen. Dass sich dabei ein parteipolitisch eingebundener Oberbürgermeister aus dem Korsett der Partei befreien muss, müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Es muss endlich im Interesse der Kinder, Eltern und Lehrkräfte gehandelt

werden! In die Schulentwicklung müssen alle Schularten von der Förderschule bis zum Gymnasium einbezogen werden, damit endlich aus der Sicht der Kinder ein abgerundeter Bildungsweg entsteht: „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

Fünftens: Ob bei der Zusammenarbeit mit den Teilorten und ihren Ortschaftsräten oder im Gemeinderat muss Öffentlichkeit und Transparenz von Vorhaben und Entscheidungen oberstes Gebot sein. Sich hinter der Nicht-Öffentlichkeit zu verstecken ist feige. Demokratie darf sich nicht darauf beschränken, den Bürger alle vier oder acht Jahre zur Wahlurne zu bitten. Es muss ihm aktive und regelmäßige Teilhabe an allen öffentlichen Angelegenheiten ermöglicht werden und das mit allen Informationen, die seiner Meinungsbildung dienlich sind.

Sechstens: OB Neher hinterlässt viele Baustellen: Volkshochschule und Stadtbibliothek, Bebauung des DHL-Gelände und Unterbringung von Flüchtlingen ... Es gibt viel zu baggern und nicht nur zum Spatenstich!

Müsste ich OB Neher ein Arbeitszeugnis ausstellen, dann müsste man mich daran erinnern, dass ein solches Zeugnis wohlwollend formuliert werden muss. Ich würde mich in die Formulierung flüchten: Herr Neher hat sich stets bemüht.

In den Veranstaltungen zur OB-Wahl in den nächsten vier Wochen fallen sicherlich vielen Personen viele Fragen ein, die sie dem OB-Kandidaten gern in der einen oder anderen Form stellen möchten. Dabei helfen wir gern!



Norbert Kern
Wendelsheim

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer die Stadt!**

Der Abschied der CDU von der Familie

Wir packen das - aber nur ohne Familien

Erst die allgemeine Wehrpflicht, dann den Atomausstieg und jetzt gibt die traditionalistische Familienpartei auch noch die Familie auf: Was für ein Werteverfall!

Großartig präsentierte sich die CDU immer als Garant der Familien. Wenn es jedoch um Kosten geht, hört der Spaß auf! So beim Familiennachzug im neuen Asylpaket II, das die angebliche „Willkommenskultur“ endgültig in eine Abschreckungskultur verwandelt, um möglichst viele Flüchtlinge schnell abzuschieben. **So dürfen Flüchtlinge für zwei Jahre ihre Familie nicht nachholen, wenn sie nur „subsidiären Schutz“ (einen eingeschränkten Schutzstatus) besitzen. Das bedeutet, sie fallen nicht unter das deutsche Grundrecht auf Asyl oder unter die Genfer Flüchtlingskonvention, sind aber in ihrer Heimat durch Todesstrafe, Folter oder Bürgerkrieg bedroht.** Sie erhalten eine (verlängerbare) Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr. Maria Böhmer, Ex-Bundesvorsitzende der CDU-Frauenunion, erklärte beim heimeligen

Dreikönigscaffee in Rottenburg, sie wolle den verschärften Familiennachzug auf Kriegsflüchtlinge aus Syrien und dem Irak ausdehnen, denn dort gebe es auch sichere Regionen. 20 Prozent der syrischen Flüchtlinge wären betroffen!

Eine generelle Einschränkung des Familiennachzugs verbietet eine Richtlinie der EU.

Das Bundesfamilienministerium sieht im Familiennachzug sogar den Schlüssel für eine gelungene Integration: **„Die Integration funktioniert über die Frauen und vor allem die Kinder. Kinder leben sich schnell in Kita und Schule ein und bauen ihren Familien Brücken. Sie haben eine große Integrationskraft.“** Deshalb ist die neue „Härtefallklausel“ von de Maizière und Maas reiner Zynismus. Kinder dürfen ihre Eltern, von denen sie gewaltsam durch den Krieg oder auf der Flucht getrennt wurden, nur bei schweren Erkrankungen oder Misshandlungen nachholen. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, nennt dies eine **„politische Farce zu Lasten schutz-**

bedürftiger Kinder und ihrer Familien“, Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerks bezeichnet dies als gesellschaftspolitisches Armutszeugnis. Doch all das interessiert die CDU nicht!

Baden-Württemberg müsste nach dem Königsteiner Schlüssel 8.700 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) unterbringen, hat bisher aber nur 6.200 aufgenommen. In Hechingen soll im ehemaligen Krankenhaus ein Wohnheim mit 60 Plätzen entstehen. Die Kinder und Jugendlichen, besonders wenn sie jünger als 16 Jahre alt sind, werden in einer Familie oder Wohngruppe untergebracht und erhalten sofort Deutsch-Unterricht. Trotz ihrer schweren Fluchterfahrungen berichten alle Einrichtungen, wie in der Jugendherberge Tübingen mit 30 Jugendlichen, von der hohen Motivation der Jugendlichen und einer „fast reibungslosen Betreuung“.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



Von wegen Transparenz

Informationen nach draußen verboten



Geheimniskrämerei macht immer verdächtig. Bestenfalls steckt Wichtigkeit dahinter oder aber gibt wirklich etwas zu verbergen. In einem besonderen Leseraum darf unter Aufsicht (Abschreiben verboten!) in Teilen gelesen werden, was zwischen der EU und den USA ausgehandelt wurde.

Es geht um Geheimhaltung. Warum ist so gefährlich, Informationen über einen Verhandlungsstand offen zu legen. Kritik und ein tiefes Unbehagen ist gerechtfertigt, trotz der Versprechungen, was TTIP uns Gutes bringen soll.

Die eine Sache ist, dass offensichtlich eine sachbezogene öffentlich Diskussion verhindert werden soll, denn die knebelnden Vertragsinhalte müssen

versteckt werden. Eine andere Sache ist, dass mit diesem Vorgehen die Meinungsbildung und damit demokratische Entscheidungsfindung torpediert wird. Abgeordnete werden entmündigt.

Warum lassen Abgeordnete sich das gefallen? Sonnen sie sich in einem Privileg zwei Stunden lang knapp 300 Seiten einsehen - besser wohl: nur ansehen - zu dürfen. Notizen sind erlaubt, aber informieren dürfen sie niemanden darüber, was sie gelesen haben.

„Sie (die Abgeordneten, Ergänzung der Redaktion) nehmen zur Kenntnis und akzeptieren, dass Ihnen mit der Gewährung von Zugang zu TTIP-Schriftstücken ein besonderes Vertrauen entgegengebracht wird.“ Akzeptieren, dass einem Vertrauen entgegengebracht wird? Eine interessante Formulierung.

Wer sich diesen Regeln unterwirft handelt gegenüber seinen Wählern verantwortungslos. Warum bringt kein Abgeordneter die Zivilcourage auf, sich über die Auflagen hinweg zu setzen und die angedrohten disziplinarischen und/oder rechtlichen Maßnahmen abzuwarten. Es wäre interessant zu erfahren, wie frei das Mandat eines gewählten Abgeordneten ist. Aber das Problem stellt sich nicht: die Unterlagen werden als streng geheim erklärt und bei Weitergabe des Inhalts greift Paragraph 353 des Strafgesetzbuches (Verletzung von Dienstheimnissen).

Was können wir daraus schließen? TTIP muss eine Bedrohung sein, denn sonst wäre Geheimhaltung absolut überflüssig.

Norbert Kern, Wendelsheim

Die Würde des Menschen ist sanktionsfrei

Harte Zeiten fürs Jobcenter

So lesen Sie es auf sanktionsfrei.de und so wird dieser Slogan auch auf vielen Blogs und Internetseiten weitergesagt. Wir, **DIE LINKE** in Rotenburg, bilden da keine Ausnahme.

Zu gerne würde ich behaupten *sanktionsfrei.de* wäre ein Projekt unserer Partei. Dies hätte es sein können, ist es aber nicht. Und das ist auch ganz gut so. Denn auch wenn **DIE LINKE** gegen Harz IV ist und Sanktionen ablehnt, ein solches Projekt schafft es nur zum Erfolg, wenn es eine breite Unterstützung in der Bevölkerung hat. Eine solche Unterstützung hat derzeit aber keine Partei in Deutschland und erst recht nicht **DIE LINKE**. Jahrelang hat **DIE LINKE** gegen Harz IV gekämpft. Leider erfolglos, da sie keine Mehrheiten dafür beschaffen konnte. Aus diesem Grund wurde es höchste Zeit, dass eine Initiative gegründet wurde, die außerhalb des Parlamentarischen Systems Druck auf die Bundesregierung und das Jobcenter macht.

Was an dieser Initiative dran ist, erschließt sich nicht jedem sofort. Die Arbeitsagenturen jedenfalls reagieren gelassen. Vielleicht, weil sie auch in der Vergangenheit nichts zu befürchten hatten und die vielen Initiativen, Unterschriftenaktionen und Demos ins Leere gelaufen sind. Doch bei ihrer Gelassenheit übersehen sie ein kleines Detail. Hier gibt es keine Demos und auch keine Unterschriftenaktionen.

"Sanktionsfrei" beginnt mit einer Crowdfunding-Kampagne. Ein Spendentopf soll mit 150.000 Euro gefüllt werden, um drei Dinge zu tun: Erstens soll eine Website mit Infomaterial entstehen, auf der zweitens kostenlose Anwälte vor Ort vermittelt werden, die dann gegen den Sanktionsbescheid streiten. Und drittens bekommen die Betroffenen Geld: Notkredite aus dem Spendentopf stocken das gekürzte Hartz IV wieder auf. Der Clou: Diese Soforthilfe zurückbezahlen muss man nur, wenn die Anwälte von

"Sanktionsfrei" erfolgreich sind und das Amt nachbezahlt. Dies soll eine Klageflut auslösen, welche das Jobcenter in die Knie zwingen soll.

Damit werden zwei unterschiedliche Lager der Bevölkerung angesprochen. Diejenigen die sich solidarisch erklären möchten, die spenden können und wollen. Und jene die betroffen sind von Harz IV und den willkürlichen Sanktionen des Jobcenters.

Willkür ist bei einer Maßnahme gegeben, welche im Verhältnis zu der Situation, der sie Herr werden will, tatsächlich und eindeutig unangemessen ist (Wikipedia). Ich betrachte es durchaus



als eindeutig unangemessen, wenn ich mir mein unverfügbares Grundrecht durch regelgerechtes Verhalten verdienen soll. Hier wird aus dem Sozialrecht ein Strafrecht gemacht. Bin ich erst mal als Bürger in meinen Grundrechten eingeschränkt, sind alle übrigen Rechte das Papier nicht wert auf dem sie stehen.

Wer glaubt Menschen wie Hunde erziehen zu können, indem er mit Strafe und Leckerli arbeitet (Fördern und Fordern nennt man das beim Jobcenter) hat eine seltsame Vorstellung von Pädagogik. Menschen müssen motiviert werden und das ist mit Sanktionen schwerlich zu erreichen. Das Sanktionen ein Mittel seien um Menschen aus ihrer Hilfebedürftigkeit zu helfen, wie es das Jobcenter formuliert, erschließt sich meiner Logik nicht. Oder würden sie sich weniger hilfebedürftig fühlen,

wenn sie unter ihr Existenzminimum sanktioniert würden?

In der aktuellen Politik spielen solche Fragen freilich keine Rolle mehr. CDU und SPD habe sich längst vom Sozialstaat verabschiedet und machen knallharte Interessenspolitik. Zu Lasten der Ärmsten in diesem Land definiert Frau Nahles einfach mal den Armutsbegriff um und spricht davon, dass Hilfen künftig auf „wirklich“ Bedürftige zu konzentrieren seien und nicht jeder arm sei, nur weil er zu wenig Geld habe. Doch Frau Nahles, genau daran erkennt man Armut!

Doch wie kann man angehen gegen diese selbstgefällige Art der Politik, die sich als alternativlos darstellt und nur noch Zynismus übrig hat für die Schwachen und Armen in der Bevölkerung? - Ganz einfach, in dem wir ihnen zeigen was eine Solidargemeinschaft leisten kann.

Sanktionsfrei.de geht genau diesen Weg. Sie sammeln Geld um zu informieren und zu helfen. Nicht nur um Sanktionen auszuhebeln. Mehr noch, sobald die Crowdfunding-Kampagne erfolgreich abgeschlossen sein wird, stehen auf der Seite sanktionsfrei.de folgende Dienste zur Verfügung:

Online Anträge

Mit *Sanktionsfrei* kannst du deine Anträge unkompliziert online ausfüllen.

Mehrsprachigkeit

Sanktionsfrei wird in verschiedenen Sprachen verfügbar sein

Briefverkehr

Sanktionsfrei übernimmt für dich den Briefverkehr, kostenfrei und mit Zustellbestätigung.

Reaktionsmaschine

Sanktionsfrei schlägt dir vor, wie du am besten auf Post vom Jobcenter reagierst.

Anwaltliche Beratung

Erfahrene Anwälte stehen bereit und beraten per Videochat.

Deine Daten gehören dir

Alle Daten werden verschlüsselt auf deinem Computer abgelegt und nur bei Bedarf übertragen.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Wie man sieht, geht die Hilfe von sanktionsfrei.de weiter als Sanktionen zu unterwandern. Eine umfangreiche Hilfestellung in fast allen Bereichen der Jobcenterbürokratie. Sozusagen vom ersten Antrag bis hin zum Sozialgericht. Man darf gespannt sein, wieviel von den Menschen die heute noch überfordert sind, in Zukunft diese Hilfe annehmen werden. Nur 5% der Jobcenterkunden fordern ihr Recht ein. Die Sozialgerichte überfordert das schon. Grob geschätzt sind das 30.000 Klagen jedes Jahr.

Was passiert, wenn es 10% werden, die ihr Recht einklagen wollen? Was, wenn es 50% werden? 300.000 Klagen jedes Jahr? Wie viele Richter bräuchten wir dafür?

Während dessen steigt die Fehlerquote der Jobcentermitarbeiter exponentiell zu ihrer Arbeitsbelastung die sich mit „Kunden“ konfrontiert sehen die anwaltliche Beratung erhalten und vor Sanktionen keine Angst mehr zu haben brauchen.

Diesen Artikel habe ich in ehrenamtlicher Arbeit für die Partei die **LINKE**

Ortsverband Rottenburg geschrieben. Ja, ich mache das gerne und würde auch kein Geld hierfür verlangen wollen.

Obwohl er mich einige Stunden Arbeit und Recherche gekostet hat. Im Anschluss daran werde ich meine Anhörung nach § 24 (SGB X) ausarbeiten um Sanktionen gegen mich durchs Jobcenter abzuwehren. Ich mache das am Wochenende, da mir unter der Woche die Zeit und die Ruhe dafür fehlt. Schließlich hat Frau ja noch eine selbständige Tätigkeit und versucht sich mit IT Dienstleistungen und Kursen über OpenSource Software über Wasser zu halten.

Sanktionen gegen mich könnten das Ende meiner Selbständigkeit bedeuten. Vielleicht auch nicht, wenn alle meine Kunden pünktlich zahlen und die Auftragslage wächst oder wenigstens stabil bleibt, schaffe ich es möglicherweise. Als selbständige Aufstockerin bin ich diese Unsicherheiten gewöhnt. Aber nehmen sie mich bitte nicht als Maßstab, denn ich scheine anders zu ticken als die meisten anderen Menschen in der gleichen Situation.

Mich motivieren Sanktionen. Sie motivieren mich „Nein“ zu sagen. Auch wenn die Vernunft zur Mäßigung mahnt und auf den leeren Geldbeutel verweist. Sie motivieren mich dazu Widerstand zu leisten gegen Bevormundung. Und sie motivieren mich dazu meine Rechte einzufordern. Ich würde mir wünschen das viele die diesen Artikel lesen und in einer ähnlichen Lage wie ich sind, nicht nur den Mut finden sich zu wehren, sondern ihr Recht einzufordern.

Sanktionsfrei.de, die Initiative von Inge Hannemann und Michael Bohmeyer, jedenfalls hat mich motiviert und inspiriert. **Ob die Initiative Erfolg haben wird, liegt nun an uns allen.**



Isabelle Groschke
Wurmlingen

Belasten Flüchtlinge unsere Sozialversicherungen?



„Kosten von bis zu 30 Milliarden Euro, jedes Jahr. Deutschlands TOP-Volkswirte warnen: Die Republik wird sich bei der Flüchtlings-Krise übernehmen.“ Mit solchen Horrormeldungen betrieb Springers „Die Welt“ im Oktober 2015 Stimmungsmache.

Letzte Woche brachte „Die Welt“ erneut einen reißerischen Titel „Kassen entsteht durch Flüchtlinge ein Milliardendefizit“ (17.2.2016). Doch die Frankfurter Rundschau korrigierte gleich: „**Nicht die Flüchtlinge verursachen Finanzlöcher. Es ist die Politik ..**“ (17.2.16).

Hintergrund: Seit Jahren zahlt Schäuble den Krankenkassen zu niedrige Beiträge für Hartz-IV-Bezieher. Das reißt ein jährliches Loch von 120 Mio. Euro in die Krankenkassen. Ende 2015 hat Schäuble die Bundeszuschüsse „umgestellt“ und den Betrag von 146 Euro für die Familie auf 90 Euro pro Kopf abgesenkt. Da den Kassen durch kranke Langzeitarbeitslose im Jahr 350 Euro zusätzliche Kosten entstehen, wird das Loch noch einmal größer. Obwohl die Kassen Schäuble mehrmals aufgefordert haben, den Bundesbeitrag an die Wirklichkeit anzupassen, passiert nichts. Wenn im nächsten Jahr Flüchtlinge zu Hartz-IV-Beziehern werden sollten, vergrößert sich das Loch noch einmal – aber es war auf-

grund von Schäubles Starrsinn längst vor den Flüchtlingen dar! Hinzu kommt, dass die SPD die Arbeitgeberbeiträge ohnehin „gedeckelt“ hat, nur die Beschäftigten zahlen eine Erhöhung.

Inzwischen musste die Bundesregierung offiziell zugeben, dass wegen der hohen Zahl an älteren Menschen in Deutschland gerade junge Flüchtlinge unser Sozialsystem stützen, wenn ihnen Arbeit angeboten wird. Seit Ende 2010 bis 2014 stieg der Zahl der Beitragszahler in der gesetzlichen Rentenversicherung aus Syrien auf 42.000, aus dem Iran auf 46.000 und aus dem Irak auf 52.000. Die Forderung der CDU, Flüchtlingen keinen Mindestlohn zu zahlen oder die Betriebspraktika auf mindestens sechs Monate zu verlängern, schadet den Sozialversicherungen, weil sie als Praktikanten keine Beiträge einzahlen. Da hat die CDU mal wieder zu kurz gedacht!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

OB Neher's Kehrtwende im Wohnungsbau

Wahltaktik oder verspätete Einsicht?

Ist die neueste Idee von Oberbürgermeister Neher, eine kommunale Wohnbaugesellschaft zu gründen, reine Wahltaktik oder ein verspätetes Eingeständnis (auch der CDU), dass private Investoren kläglich versagt haben, ausreichend Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten anzubieten?

Kurz vor Weihnachten hatte Rottenburgs Große Koalition aus CDU, SPD und Grünen wieder einmal den Antrag der **LINKE** abgelehnt, eine Million für den Wohnungsbau in den Haushalt einzustellen. Seit Jahren tritt die Linke für preiswerte Mietwohnungen ein und hatte mehrfach im Gemeinderat beantragt, wenigstens genauso viel Geld für Sozialwohnungen wie für den Eigenheimbau zu genehmigen. Denn immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Mietpreisbindung heraus. Allein die Zahl der Personen mit Wohnberechtigungsschein ist in zwei Jahren um 20 Prozent auf 274 Personen gestiegen.



Baden-Württemberg
plus sozial

Bernhard Strasdeit

Je stärker **DIE LINKE** –
desto sozialer das Land.

DIE LINKE.

Bernd Strasdeit

Kreisrat

Landtagskandidat **DIE LINKE**
Tübingen

Deshalb tritt **DIE LINKE** dafür ein, dass die gesamte Gewerbebranche **DHL in ein Wohngebiet umgewandelt wird**. Hier verschleudert die Stadt seit vielen Jahren Geld durch Nichtbebauung!

Als Mindestgröße einer kommunalen Wohnbaugesellschaft gibt der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobiliengesellschaften die Zahl von 100 bis 150 Wohneinheiten an. Die Stadt verfügt über 102 Wohnungen in 27 Gebäuden, allerdings laut Neher in schlechtem Zustand, weil sie jahrelang nicht saniert hat. Trotzdem benötigt die Stadt über mehrere Millionen für Investitionen. Doch die lohnen sich:

Während bei Sozialwohnungen die Mietpreisbindung nach einigen Jahren aufhört und der Investor öffentliche Gelder für sich einstreicht, bildet die Stadt beim kommunalen Wohnungsbau Eigentum auf Dauer!

Die Idee der Grünen (Stuttgarts OB Kuhn), mit städtischen Fördergeldern die „Rendite-Lücke“ von Investoren zu schließen, gehört auf den Müllhaufen. In Stuttgart hat Kuhn 2014 ganze 14 Sozialwohnungen bauen lassen – 3.679 Haushalte in der Landeshauptstadt benötigen laut Vormerkdatei eine Sozialwohnung (Stuttg. Zeitung, 22.2.16).

Viele Städte haben längst aus Fehlern der Vergangenheit gelernt, städtischen Wohnungsbau betrieben, das Wohnungsproblem für kinderreiche Familien, für Niedriglöhner, Alleinerziehende und Flüchtlinge vermindert und kommunales Eigentum gebildet. Europaweit bekannt ist das „**Wiener Modell**“ der österreichischen Hauptstadt: Die Stadt verfügt über 220.000 Gemeindewohnungen und 200.000 mit Fördermodellen subventionierte Neubauten mit Quadratmeterpreisen zwischen 4,50 und 7,50 Euro. Dies hat beruht auf der Tradition im „roten Wien“ der 30er Jahre, als ein riesiges Wohnbauprogramm mit 65.000 Wohnungen für etwa 250.000 Menschen verwirklicht wurde.

Selbst in der neuesten Wirtschafts- und

Finanzkrise 2008/09 hielt die Stadt daran fest, dass keine einzige Wohnung an Privatinvestoren verkauft wird – ganz im Gegensatz zur neoliberalen Politik des Nils Schmied (SPD): Mit hektischem Flügelschlagen für mehr Wohnungsbau versucht er jetzt im Landtagswahlkampf, seine Verantwortung für den Verkauf von 21.500 LBBW-Wohnungen für 1,4 Mrd. Euro an den Privatinvestor Patrizia statt an ein kommunales Bieterkonsortium zu verschleiern. Kürzlich wurden diese Wohnungen – 550 davon in Tübingen – mit einem Gewinn von 500 Mio. Euro an die Deutsche Annington weiterverkauft. Auch sonst glänzt er mit Nichtstun in dieser Frage:

Bayern investiert pro Jahr 260 Mio. Euro in den Wohnungsbau, in Baden-Württemberg sind es weiterhin nur 75 Mio. Euro pro Jahr inklusive Bundesanteil. **Warum wundert sich die SPD noch über 14 Prozent in Wahlumfragen?**

In Rottenburgs Gemeinderat wird **DIE LINKE** darauf achten, dass bei der Klausurtagung im Juni preiswerter Mietwohnungsbau für Menschen mit Wohnberechtigungsschein, Familien mit vielen Kindern, Alleinerziehende, Senioren mit geringer Rente und Studenten in einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft allererste Priorität haben müssen. Der Wohnungsbau muss eng verknüpft werden mit einer sozialen Infrastruktur: Um aus positiven Erfahrungen zu lernen, wird **DIE LINKE** beantragen, dass das „Wiener Modell“ von einem städtischen Verantwortlichen aus Wien im Gemeinderat vorgestellt wird. Außerdem muss jemand Kompetentes von außen einen Vorschlag für die weitere Stadtentwicklung machen, damit das jämmerliche Kleinklein aufhört, um Baulücken zu schließen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„**DIE LINKE**“

Rottenburg

Andrea Nahles (SPD) verschleppt Hartz-IV-Anpassung

Noch gelten die Regelsätze von 2008

Über sechs Millionen Hartz-IV-Bezieher warten dringend auf die Anpassung ihres Geldes: Es wird nur alle fünf Jahre angepasst. Die letzte Berechnung stammt von 2008.

Die Höhe von Hartz IV richtet sich nach der Einkommens- und Verbrauchsstatistik. Von den untersten 15 Prozent der Einkommensgruppen – darin sind Rentner, Niedriglöhner, Alleinerziehende und Hartz-IV-Bezieher – werden 200 Positionen erhoben: Die Armut dieser 15 Prozent wird damit potenziert. Der Hartz-IV-Regelsatz spiegelt also keineswegs den Verbrauchsdurchschnitt in der gesamten Bevölkerung wieder. Die Verschleppung ist eine wesentliche Ursache dafür, dass 2014 über 350.000 Haushalten der Strom und 50.000 das Gas abgestellt wurde. Die Familien können die gestiegenen Energiekosten mit ihren

Regelsätze von 2008 schlicht nicht mehr bezahlen. Die Jahresabrechnung mit den geforderten Nachzahlungen löst für sie regelmäßig eine Katastrophe aus.

Doch selbst das ist für die Arbeits- und Sozialministerin Nahles (SPD) zu viel! Die Zahlen für die neue Stichprobe zur Ermittlung des Regelsatzes stammen von 2013 und liegen ihrem Ministerium seit November 2015 vor. **Nahles will die Erhöhung bis zum 1. Januar 2017 verschleppen, d.h. neun Jahre nach der letzten Festsetzung.** Ist Hartz-IV mit den erzwungenen Niedriglöhnen und den willkürlichen Sanktionen ohnehin schon „Armut trotz Arbeit“, so prüft der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Ulrich Schneider jetzt eine Klage gegen die Bundesregierung, sollte die verschleppte Anpassung auf Kosten der Bezieher gehen und die

Erhöhung nicht rückwirkend gezahlt werden.

Nahles hat damit gedroht, Hartz IV „auf die wirklich Bedürftigen“ einzuschränken. Damit befindet sie sich in guter neoliberaler Gesellschaft von Wolfgang Schäuble (CDU), der seit Monaten zu geringe Krankenkassenbeiträge für Hartz-IV-Bezieher zahlt und ein Loch von mehreren Hundert Millionen Euro zu Lasten der Beitragszahler verursacht.

DIE LINKE tritt deshalb ein für eine sanktionsfreie Grundsicherung von 1.050 Euro anstelle der menschenverachtenden Hartz-Gesetze und unterstützt deshalb die parteiunabhängige Initiative „Sanktions-frei“ (siehe Homepage der Rottenburger Linken www.die-linke-rottenburg.de und den Beitrag auf Seite 7 dieser Ausgabe).

Norbert Kern, Wendelsheim

„Wie kriminell sind Flüchtlinge?“



Seit der Kölner Sylvesternacht scheinen sich alle Hetzartikel auf Kopp-Online von Ulfkotte bis Grobery über die Kriminalität von Flüchtlingen zu bestätigen. Daran knüpft die Schlagzeile auf Seite 1 „Bild enthüllt BKA-Bericht“ (17. Feb. 2016) an.

Springers Massenblatt verkündet großartige Geheimnisse aus der „Verschlussache – Nur für den Dienstgebrauch“, mithin ein nicht-öffentliches Papier aus dem Bundeskri-

minalamt (BKA) Die fett gedruckte Hauptaussage: „Die Zahl der aufgeklärten Straftaten mit Zuwanderer-Beteiligung ist 2015 deutlich angestiegen: auf 208.344 Straftaten, 92.000 mehr als im Vorjahr.“ **Diese Aussage ist so viel wert wie die Behauptung: Je mehr Fahrzeuge auf unseren Straßen sind, desto höher ist das Unfallrisiko.** Denn im Verhältnis zu dem gewaltigen Anstieg von Zuwanderern (79 Prozent) und Flüchtlingen (44 Prozent) fiel die Anzahl der Straftaten sogar! Hinzu kommt, dass der BKA-BERICHT, wie 'BILD' zugeben muss, unter Kriminalität zum Beispiel 28.712 Fälle von Schwarzfahrten auflistet. Der Anteil von Sexualdelikten liegt unter einem Prozent aller Straftaten. Von den bundesweit 47.000 Sexualdelikten wurden 458 von Flüchtlingen begangen. Über Köln sagt dieser Bericht noch nichts aus.

Dafür berichtet das Handelsblatt über das Buch „Soko Asyl – Eine Sonderkommission offenbart überraschende Wahrheiten über Flüchtlingskriminalität“. Autor ist Ulf Küch, Chef des Bundes deutscher Kriminalbeamter in Niedersachsen und Kripo-Chef in Braunschweig, bekannt für beschleunigte

Verfahren und Abschiebungen bei Straftaten von Flüchtlingen. Der 59-Jährige hat im August 2015 die bundesweit erste Stelle für die Erfassung von Flüchtlingskriminalität gegründet. Seine Ergebnisse sind: 2015 kamen in der 250.000 Einwohner-Stadt Braunschweig 40.000 Flüchtlinge an, es gab 300 Straftaten. Diese Ergebnisse sind für ihn durchaus repräsentativ. Er stellt fest: „Die Flüchtlinge sind kein Problem. Wir können das belegen, die Zahlen sind ja jetzt da: Das ist alles völlig aus der Luft gegriffen.“ Nach den Kölner Ereignissen überprüfte Küch noch einmal alles: „Die Vorfälle in Köln haben mit der Flüchtlingsfrage und einer davon ausgehenden Kriminalität überhaupt nichts zu tun. Die Täter lebten schon seit Jahren in Deutschland. Da zeigten sich die politischen Fehler der vergangenen Jahre, schlechte Integrationsmaßnahmen, Ghettobil-dungen in den Großstädten.“ Laut Küch müsse man daran ansetzen, auch wenn die Wahrheit nicht jedem gefalle. Auf Kopp-Online wird man das sicherlich nicht lesen können!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Wer solche Nachbarn hat, braucht keine Feinde mehr!

Brauchen wir Solidarität gegen Flüchtlinge?

„Europa - Eine Wertegemeinschaft.“ Welche Werte fragen einige, andere lachen bitter auf, denn sie halten diesen Satz für einen der kürzesten Witze. In der Tat ist diese Aussage nicht ernst zu nehmen. Egoismus sprießt - nein: wuchert - überall in den Staaten dieser „Wertegemeinschaft“. Grenzen dicht und Wohlstand nur für uns, heißt es! Aber es geht nicht um Wohlstand. Es geht um das Recht auf Leben, auf Überleben für Menschen aus zerbombten Städten und verwüsteten Dörfern.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu abfällig über unsere europäischen Nachbarn sprechen. Auch bei uns werden Diskussionen gepflegt, die eines Rechtsstaats unwürdig sind und jedem Gedanken von Humanität widersprechen. Die Forderung nach Obergrenzen für Asylsuchende gehört dazu. Es tut gut, wenn Norbert Trelle, Bischof von Hildesheim, auf der Frühjahrstagung der Bischofskonferenz im Kloster Schöntal deutlich darauf hinweist, dass Obergrenzen weder mit dem Grundgesetz noch mit der Genfer Flüchtlingskonvention in Einklang zu bringenseien.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, sagte, dass nicht die Flüchtlinge zum Problem gemacht werden dürfen, die tatsächliche Herausforderungen seien Krieg und Gewalt. „Wir müssen Angst haben vor Verfolgung, vor Polarisierung in der Gesellschaft, vor falschen Tönen in der Diskussion, vor dem Zerfall Europas.“

Ist Europa, das Europa der Europäischen Union, nicht schon längst zerfallen? Haben indirekt nicht Ungarn, die

Tschechoslowakei, Frankreich, Großbritannien und Österreich ihre Mitgliedschaft aufgekündigt? Hat man nicht Italien und Griechenland im Stich gelassen bei der Aufnahme der Flüchtlinge? Wurden nicht Schweden und

Dänemark zu einem Verhalten veranlasst, das man nicht billigen kann?

Nicht erst mit dem Geschwätz der Briten um bessere Konditionen wurde klar wie es um Europa bestellt

ist. Schon wie man die Krise Griechenlands angeht - wenig Solidarität und viel Repression - machte deutlich, wie man mit Partnern einer Union umzugehen beabsichtigt.

Die Älteren unter uns erinnern sich noch an die Bilder wie unter Jubel Grenzschränke umgeknickt wurden und im Rahmen des Deutsch-französischen Jugendwerks mit dem Austausch von Schülern Vorurteile abgebaut wurden.

Europa schien ein zu verwirklichender Traum. Was ist aus dieser Vision geworden? - Ein Europa vereint bei der Abschottung, bei der Aufrichtung von meterhohen Grenzzäunen, getragen von einer widerwärtigen Politik der Entsolidarisierung.

Ungerührt lässt man aus Not flüchtende Menschen ertrinken

und schiebt Flüchtlinge nach Afghanistan zurück, in ein Land an dessen Zerstörung die Bundeswehr beteiligt war. Flüchtlinge mit Kriegsschiffen in angeblich sicheren Herkunftsländer

zurücktreiben, ist Politik ohne jede moralisch Gesinnung.

Die Türkei zum Schutzschild gegen Flüchtlinge zu machen, übersieht deren fragwürdige Politik nach innen und außen.

Die Angst und die Ausdauer der Flüchtlinge wurde lange unterschätzt. Oder man hat sie falsch beurteilen wollen, um nicht aktiv werden zu müssen. Einigen wenigen hat man zugetraut, dass sie den Weg von Syrien und Afghanistan schaffen würden, aber die Not hat sie alle getrieben.

Zu lange war Europa untätig bei der Verbesserung der Situation in den Flüchtlagern in der Nähe ihrer Her-

Keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit!



»Wenn die Politik wirklich den Menschen dienen soll, darf sie nicht Sklave der Wirtschaft und Finanzwelt sein.«

„Prinzipien haben nur einen Wert, wenn sie auch in stürmischen Zeiten gelten.“

„Wer europäischen Boden betritt, muss menschenwürdig behandelt werden und hat Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren.“

„Es wäre ein Scheitern der europäischen Politik, wenn wir in einem noch immer christlich geprägten Kontinent nicht in der Lage sind, menschenwürdig mit dieser Lage umzugehen.“

Kardinal Reinhard Marx auf der Bischofskonferenz im Februar 2016

kunftsländer, wohl in der Hoffnung, dass sie es nicht schaffen würden nach Europa zu kommen.

„Die EU ist ein Werkzeug, das wir benutzen können, und die Macht unseres Landes in der Welt zu fördern und britische Interessen voranzubringen.“ So sprach David Cameron, aber auch andere „Europäer“ könnten sich sinngemäß so äußern. Die Beweise liegen auf der Hand. Nicht nur Egoismus wuchert in Europa, ebenso breitet sich Nationalismus wie ein Unkraut aus.

Ich wünsche mir, ich könnte wieder auf ein menschlicheres, auf ein solidarisches Europa blicken.



Karin Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Fühlen Sie sich unsicher?

Dann rüsten Sie sich doch auf - verbal und instrumental!

Gehören Sie zu den etwas verängstigten Mitbürger? Machen Ihnen Leute mit Migrationshintergrund Angst? Fürchten Sie den Einbrecher, der ihnen Ihre Sammlung goldener Uhren und Ihre Diamanten klaut? Trauen Sie sich nicht mehr im Dunkeln zur nächsten S-Bahnstation? Meinen Sie bei Demonstration zur Rettung des Abendlandes nicht mit deftigen Parolen mit brüllen zu können? Fehlen Ihnen die richtigen Worte um den Bus mit Flüchtlingen willkommensfeindlich empfangen zu können? Dann gelten Ihnen meine Empfehlungen.

Traurig macht mich aber zuerst, dass Ihnen mein Mantra, das ich Ihnen in unserer Novemberausgabe anbot, nicht geholfen hat. Haben Sie es nicht oft genug wiederholt? Oder sind Sie im Allgemeinen nicht so spirituell orientiert?

**Ich bin sicher!
Ich bin ruhig!
Ich fürchte mich nicht!
Mein Staat schützt mich!
Ich habe Vertrauen!**

Schade, dass ich Ihnen nicht helfen konnte. Aber ich weiss neuen Rat. Sie sollten es wieder mit Worten probieren,

weniger meditativ - eher robust. Oder wollen Sie zur Schweigenden Mitte gehören?

Erweitern sie Ihren Wortschatz und üben Sie Ihre gebrüllte Aussprache. Sie müssen sich demotauglich machen - pegidademotauglich. Das nimmt Ihnen Ängste. Sie sind unter ihresgleichen und haben nichts zu fürchten. Unter Schwestern und Brüdern lässt's sich wohlfühlen. Für den Anfang eine kleine Auswahl:

Vaterlandsverräter, Widerstand, Lügenpresse, Schwulensau, Volksfeind, Wirtschaftsflüchtling, Presseknecht, Asylantenpack, Kanaken, Meinungsterror, Glaubenskrieger, ...

Sollten Sie in der Lage sein, mehrere Worte nacheinander auszusprechen, schlage ich Ihnen vor: „Wir kriegen Dich!“, „Teutschland den Teutschen“, „Wir sind das Volk!“, „Verpißt euch!, ... Ich warne ausdrücklich, vor der Verwendung der Aufforderung „Geh doch nach drüben!“ oder noch schlimmer dialektgefärbt „Geh doch nach drien!“

Sie vertrauen nicht der Kraft des Wortes und sind der Meinung, dass sich jeder selbst der nächste sei? Dann rüsten Sie doch instrumental auf. Sie sind 18 Jahre alt und nicht vorbestraft, dann beantragen Sie den „Kleinen Waffen-

schein“. Sie wissen nicht, wie das geht? Gehen Sie einfach auf das Serviceportal Baden-Württemberg. Sie werden geholfen werden.

Glauben Sie den hohlen Warnungen nicht, gerade der angedrohte Einsatz z.B. von Abwehrsprays würde Aggressionen wecken. Vertrauen Sie auf Ihre Schnelligkeit und den Überraschungseffekt und auf Ihre Coolness. Als besorgter Bürger können sie sich auf sich selbst verlassen. Haben Sie keine Bedenken, die Waffen seien nur Spielzeug!

Inzwischen hat sich die Angebotssituation bei den Händlern wohl entspannt. Sie bekommen, was Sie brauchen. Greifen Sie zu.

Sind Ihnen Schreckschusspistolen zu laut und Leuchtpistolen zu grell, Pfefferspray zu distanziert, dann greifen Sie zum Elektroschocker (Elektroimpuls-Waffe). Achten Sie aber darauf, dass er amtlich zugelassen ist (Prüfzeichen!) und nur den Gegner schockt. Sollten Sie sich nicht entscheiden können, dann empfehle ich ein Kombipack: Schocker plus Pfefferspray.

Ein gutes Gefühl der Sicherheit wünscht Ihnen

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 2. März 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof,
Tübinger Straße 14

Info-Stand DIE LINKE in Ergenzingen
Samstag, 5. März 2016, 10.00 - 12.00 Uhr
Utta-Eberstein-Straße

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 26. März 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 30. März 2016, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger
Hof, Tübinger Straße 14

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe: **Montag, 25. Januar 2016**

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

